

## Standesangelegenheiten.

### Die neue Vereinsorganisation im Königreich Sachsen.

Verehrter Herr Redacteur!

Sie möchten von mir wissen, wie sich unsere neue Vereinsorganisation bewährt und ob sie wohl den Erwartungen entspricht, die man auf sie gesetzt hat? Ich will es gern versuchen, Ihnen und den Lesern Ihrer Zeitschrift das Bild zu entwerfen, welches augenblicklich unsere Bezirksvereine darbieten, wenn ich mir auch bewusst bin, dass ein ausserhalb der Organisation Stehender vielleicht ein unbefangeneres Urtheil abgeben kann. Auch dürfte der Zeichnung eines klaren Bildes der Umstand hinderlich sein, dass gerade jetzt die Dinge noch in voller Entwicklung begriffen sind. Etwas über ein Jahr ist es ja erst her, seit wir durch Landesgesetz die neue Organisation erhalten haben; und Sie sehen alle 28 Bezirksvereine des Landes eben noch dabei, die neue Rüstung im Kampfe gegen ihre natürlichen Gegner, die Krankenkassen, zu probiren. Hier rücken sie gerade aus, dort ist bereits scharfes Gefecht entbrannt, anderswo sind nach heissem Ringen Unterhändler thätig; ab und zu fängt man schon an Frieden zu schliessen, aber über dem ganzen Kriegsschauplatz schwebt noch ein unbestimmter grauer Dunst. Wenn der sich verzogen hat, wird man erst sagen können, wer als Sieger den Kampfplatz verlässt, Bezirksvereine oder Krankenkassen.

Doch ich will den Ausgang des Streites nicht abwarten; Preussen und Bayern sind auf jede Phase der Entwicklung in Sachsen gespannt, so will ich Ihnen denn über das berichten, was des Berichtens werth — und das ist meines Erachtens nicht wenig.

Zuvor noch einige Bemerkungen über den äusseren Rahmen unserer Organisation. Es ist da streng zu scheiden, was durch Landesgesetz und was durch ministerielle Verordnung vorgeschrieben ist.

Das Gesetz vom 23. März 1896 verfügt zunächst den obligatorischen Beitritt der practicirenden Aerzte zu den Bezirksvereinen. Einbegriffen sind dabei die beamteten Aerzte, während den Militärärzten der Beitritt freisteht.

Ferner fixirt das Gesetz die Aufgaben der Bezirksvereine: sie sollen sich angelegen sein lassen: „Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der ärztlichen Wissenschaft und Kunst und der wirthschaftlichen Interessen der Aerzte, namentlich die Pflege des Gemeingeistes, die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter Standesgenossen, die Förderung des gedeihlichen collegialen Verhältnisses zwischen denselben und die Schlichtung der unter ihnen entstandenen Streitigkeiten, endlich die Herstellung von Einrichtungen, welche die Unterstützung nothleidender und hilfsbedürftiger Mitglieder, bezw. deren Familien bezwecken.“

Im übrigen bestimmt das Gesetz nur, dass jeder Bezirksverein sich ein Statut zu geben habe, welches u. a. die Standes- und Ehrengerichts-Ordnung enthalte, und geht auf die letztere nur insoweit ein, als es die zu verhängenden Strafen im einzelnen namhaft macht.

Die ministerielle Verordnung, vom gleichen Datum wie das Gesetz, regelt bis ins einzelne die Dreitheilung der Vereinsorganisation und das Wahlverfahren. Es bleibt bei der bisherigen Gliederung: Landes-Medicinalcollegium, Kreisvereine, Bezirksvereine. An der Spitze steht das Landes-Medicinalcollegium, bestehend aus ordentlichen und ausserordentlichen Mitgliedern. Letztere werden von den vier Kreisvereinen gewählt, die den vier politischen Landesbezirken entsprechen und somit sämtliche Aerzte umfassen. Die vier Kreisvereinsausschüsse sind Ausschüsse dieser Vereine gehen aus der Wahl sämtlicher Aerzte des betreffenden Kreises hervor, in der Weise, dass jeder Bezirksverein eigene Delegirte entsendet. Letztere endlich, die Bezirksvereine selbst, entsprechen geographisch den Medicinalbezirken und bilden, 28 an der Zahl, somit den Grundstock der Organisation. Jeder Bezirksverein wählt aus seiner Mitte einen Ehrenrath. Der Kreisvereinsausschuss bildet aus seiner Mitte den Ehrengerichtshof als zweite und letzte Instanz. Mit Ehrensachen hat somit das Landes-Medicinalcollegium nichts zu thun. Gegen früher hat sich also an der Organisation nichts geändert als der obligatorische Beitritt zu den

Bezirksvereinen und die Schaffung einer Standes- und Ehrengerichtsordnung. Es ist ein unausgesprochenes Lob für die Gesetzgebung von 1872, dass die Dreitheilung in Bezirksvereine, Kreisvereine und Landes-Medicinalcollegium ohne Widerspruch auch als Rahmen für die neueren Erweiterungen beibehalten wurde.

Was Standes- und Ehrengerichts-Ordnung betrifft, so haben sie nach gründlicher Vorberathung durch die Vereine ebenfalls nur „ministeriell“ und nicht „gesetzlich“ approbirt das Licht der Welt erblickt, mit anderen Worten, was sich daran nicht bewähren sollte, kann jeden Tag wieder durch ministeriellen Federstrich beseitigt werden.

Inhalt der Standes- sowie Ehrengerichts-Ordnung dürfte bekannt sein. Ich gehe deswegen im Folgenden nur insoweit auf dieselben ein, als es sich um Bestimmungen von einschneidender Wirkung handelt.

Beginnen wir gleich mit dem Schicksal des § 15 der Standesordnung; derselbe lautet: „Verträge mit öffentlichen oder privaten Corporationen, insbesondere mit Versicherungsgesellschaften und -Anstalten, sowie mit Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und sonstigen Kassen sind dem Bezirksvereine vor ihrem endgültigen Abschluss zur Genehmigung vorzulegen, falls ein Fixum oder ein nach der Mitgliederzahl der Kasse beziehentlich nach der Zahl der vorgekommenen Erkrankungsfälle zu bestimmender Honorarsatz vereinbart werden soll, oder wenn bei Honorirung nach Einzelleistungen die zu vereinbarenden Liquidationsbeträge unter die Mindestsätze der ärztlichen Gebührentaxe hinabgehen.“

Sie werden mir zugeben, dass dieser Paragraph den Bezirksvereinen einen Einfluss auf die Höhe der Gebühren einräumt und dass mit ihm unter Umständen auch ein Druck auf widerspenstige Krankenkassen ausgeübt werden kann. Was hätte er sonst wohl für einen Zweck? Mit der platonischen Verfügung des Vereins einem Arzt gegenüber: „Dein Vertrag mit der Kasse sieht zu wenig Honorar vor, gehe hin und bitte die Kasse um ein höheres“, ist uns nicht gedient. Nein! Der Verein soll den Vertrag, welcher ein standesunwürdiges Honorar vorzieht, verbieten können, und die Kasse soll keine Unterbieter finden können. Das ist die Logik des § 15! Und so ist er auch verstanden worden. In alle Vereine ist ein merkwürdiges Leben gekommen. Ein Blick in das offizielle Organ, das sächsische Correspondenzblatt, belehrt uns, dass in den Vereinsversammlungen, die noch nie so zahlreich abgehalten wurden, wie im vergangenen Jahr, von fast weiter nichts die Rede ist als vom § 15. Der gewöhnliche Gang der Dinge ist dabei folgender: Der Verein wählt einen Ausschuss für Kassenangelegenheiten. Der Ausschuss setzt sich mit den Aerzten in Verbindung, um über die Verhältnisse der Kassen, Verträge, Höhe der Bezahlung Auskunft zu erhalten. Nach erstattetem Bericht wird gewöhnlich noch eine Taxe ausgearbeitet, die in Anlehnung an die Minimaltaxe die Verhältnisse der Kassen berücksichtigt und nothleidenden Kassen Rabatt gewährt. Dann werden die Mitglieder durch Vereinsbeschluss auf die Innehaltung dieser Taxe verpflichtet. Soweit geht alles gut. Keine nennenswerthen Disharmonieen! Viele Commissionssitzungen sind vorüber, viel Aerger ist hinuntergeschluckt. Jetzt heisst es, den Vereinsbeschlüssen Geltung zu verschaffen! Also weitere Beschlüsse: die bisherigen minderwerthigen Verträge sollen seitens der Kassenärzte gekündigt werden, die neuen sind den Vereinsvorständen vorzulegen! Wer es nicht thut, verfällt in Strafe. Die meisten Mitglieder fügen sich, die Verträge werden gekündigt, die Kassen gerathen in Aufruhr. Zahlreiche Gesuche der Kassen um günstige Verträge! Die Bezirksvereine haben vollauf zu thun, die Vermögensverhältnisse der Kassen zu prüfen und danach die Verträge zu genehmigen oder die Genehmigung zu versagen. Die Aerzte — meist sind es kleine Städte oder das platte Land — halten fest zusammen, mündliche und schriftliche Verhandlungen führen häufig zu Compromissen. Die Honorirung der Aerzte ist überall in erfreulichem Aufschwung begriffen! Die preussischen Eisenbahnkassen, Halle und Erfurt beispielsweise, zahlen jetzt den Aerzten in Leipzig und Umgegend ein bedeutend höheres Honorar als den an den gleichen Kassen angestellten preussischen Collegen. Da der erste Missklang! Ein Erlass des Ministeriums! Gedrängt von verschiedenen Seiten und besorgt vor Uebergriffen der Aerzte, die doch wahrlich bis dahin keiner Krankenkasse ein Haar gekrümmt haben, giebt das Ministerium des Innern im Anschluss an concrete Fälle nach einander fünf Erlasse als Auslegungen des § 15 heraus. Im wesentlichen steht darin: „die Bezirksvereine sollen keinen Druck auf die Kassen ausüben, die von den Vereinen aufgestellten Taxen sind für die Aufsichtsbehörden nicht bindend bei Prüfung von Beschwerden, welche von Aerzten über versagte Genehmigung von Verträgen einlaufen; solche Taxen sind keine Werthmesser für standeswürdige Bezahlung; solange sie nicht durch Bestätigung des Ministeriums Bestandtheil der Standesordnung und der Vereinsstatuten geworden sind, unterliegt ihre Uebertretung nicht der ehrengerichtlichen Bestrafung, ausgenommen, wenn sich die Aufsichtsbehörde der Auffassung des Bezirksvereins, bezw. der standesunwürdigen Bezahlung anschliesst.“ Mit anderen Worten: „jeder Arzt, dem ein Bezirksverein die Genehmigung seines Vertrages versagt, kann die Entscheidung darüber, was in der vorgesehenen Honorirung des Standes „unwürdig“ ist, bei der nächsten Aufsichtsbehörde fordern.“ In deren Ermessen wäre also zunächst die Beurtheilung der standesunwürdigen Bezahlung gelegt! Schwere Ent-

täuschung, Unmuth und Erbitterung in den Vereinen! Ein den Aerzten günstigerer Erlass, der den Vereinen das Recht einräumt, auch die vor dem Erlass des Gesetzes abgeschlossenen Verträge auf ihre Standeswürdigkeit zu prüfen, kann nicht über das Gefühl der eingetretenen Rechtsunsicherheit hinweghelfen. Die Verhandlungen mit den Kassen gerathen in's Stocken, in der politischen Presse fangen die Gegner bereits an zu triumphiren.

Zur rechten Zeit findet da im November die jährliche Plenarversammlung des Landes-Medicinalcollegiums statt, zu der auch die Kreisvereine ihre Vertreter zu entsenden haben. Es kommt zu einer scharfen Interpellation wegen der ergangenen Verordnungen, und der anwesende Regierungsvertreter giebt beruhigende Erklärungen ab. Die Versammlung einigt sich fast einstimmig mit Rücksicht auf die eine Verordnung auf eine Resolution, welche besagt, dass „Verwaltungsbehörden ausserstande sind festzustellen, ob ein mit Krankenkassen abzuschliessender Vertrag die ärztliche Standesehre verletze oder nicht“; und „eine behördliche Auffassung könne für den Ehrenrath eines Bezirksvereins, bezw. den Ehrengerichtshof in dieser Hinsicht nicht bindend sein.“ Ferner wird ein Antrag angenommen, das Ministerium möge „in den Fällen, in welchen es sich um wesentliche Abänderungen bereits bestehender Verträge oder um Abschluss neuer Verträge handelt, sofern darüber Differenzen zwischen den Kassen und Aerzten vorhanden sind, die Kreishauptmannschaften (staatliche Aufsichtsbehörden) entscheiden lassen.“ Dass gerade die Kreishauptmannschaften solche Streitigkeiten zu schlichten berufen sind, zeigt ein ganz hervorragender Streitfall. In Pirna lag seit Monaten der Bezirksverein mit den Sebnitz'er Krankenkassen in Streit, bis die Kreishauptmannschaft Dresden mit der Einleitung von Verhandlungen beauftragt wurde. Dieser gelang es, gleich bei der ersten Sitzung ein Einverständniss zwischen den Parteien zu erzielen, welches für die Aerzte nach jeder Richtung günstig ausgefallen ist. Gerade mit Rücksicht auf dieses Beispiel dürfen wir mit Sicherheit bei neuen Differenzen eine wohlwollende Prüfung unserer Forderungen seitens der Kreishauptmannschaften erwarten.

In dieser Phase der Entwicklung befinden wir uns augenblicklich, und es ist ganz klar zu übersehen, dass im Jahre 1898 hauptsächlich die Frage zu discutiren sein wird: welche kassenärztliche Bezahlung ist des ärztlichen Standes unwürdig? Die maassgebenden Gesichtspunkte hierfür dürften unschwer zu finden sein. Wie in der Privatpraxis unterschieden wird zwischen dem reichen Patienten, der uns hoch bezahlt, und dem armen, dem wir das Honorar erlassen, so und nicht anders muss es bei den Kassen gehalten werden; sie sind einander ebenfalls durchaus nicht gleichgestellt, sondern weisen „reich“ und „arm“ in mannichfacher Abstufung nebeneinander auf. Die Kreishauptmannschaften hätten also für gewisse Gruppen von Kassen gewisse Einheitssätze zu normiren, die von Zeit zu Zeit zu revidiren wären. Entschliesst sich das Ministerium, den Kreishauptmannschaften diese Befugniss zu ertheilen, so ist eine friedliche Entwicklung der Dinge vor auszusehen, wenn nicht, dann wird auf der ganzen Linie ein äusserst unerquicklicher Kampf entbrennen. Denn zurück können die Aerzte jetzt nicht mehr! Das Ministerium kann uns, nachdem einmal das Gesetz zustande gekommen, unmöglich den § 15 wieder nehmen; unterstützt es uns also in einer loyalen Handhabung dieses Paragraphen nicht, so bleibt nichts anderes übrig als die Selbsthilfe, bei der Aerztestreiks unvermeidlich sind.

Wünschen Sie, verehrter Herr College, mehr noch zu hören von unseren Leiden und Freuden? Was jetzt noch übrig bleibt, ist nach der in den Versammlungen verwendeten Zeit gemessen unendlich klein gegenüber den Kassenangelegenheiten, dem Werthe nach ihnen an Wichtigkeit aber mindestens gleich, besonders für die auswärtigen Herren Collegen.

Beginnen wir mit dem obligatorischen Beitritt zu den Bezirksvereinen. Da ist es ohne weiteres klar, dass ein Kampf, wie der soeben geschilderte, ohne Zwangsbeitritt einfach gar nicht zu führen ist. Auch dem grössten Zweifler dürfte das inzwischen klar geworden sein. Der Zwangsbeitritt bildet die Grundlage der ganzen Organisation; ohne denselben keine Möglichkeit, Unterbietungen bei Krankenkassen zu verhindern, ohne ihn kein Mittel, unsaubere Collegen zur Rechenschaft zu ziehen. Niemand wünscht sich die Zeiten zurück, wo es möglich war, gegen einen Collegen mit der härtesten Strafe, die es überhaupt giebt, der des Ausschlusses vorzugehen. Was sonst mit Ausschluss bestraft wurde, das kann jetzt mit einer empfindlichen Geldstrafe gestraft werden. Dem Bestraften bleibt seine gesellschaftliche Stellung ungeschmälert, sein Fehler wird nicht mehr in öffentlicher erregter Vereinsversammlung, sondern in den Ehrenrathssitzungen gerügt, und er kann durch sein ferneres Verhalten das richtige Verhältniss zu den Collegen wieder herstellen. Dieses erziehlische Resultat kann ohne den Zwangsbeitritt, bei Festhalten an dem Ausschlussparagraphen nimmermehr erreicht werden. Diejenigen Collegen ausserhalb Sachsens, welche in der Besorgniss vor Berührung mit unlauteren Elementen des eigenen Standes der Ausschlussbefugniss einen so hohen Werth beilegen, mögen es

sich ferner zur Beruhigung gesagt sein lassen, dass die Herren, welche krumme Wege wandeln, auch das Licht der Bezirksvereinsversammlungen scheuen. Sie kommen nicht, sie betheiligen sich nicht an den Verhandlungen, sie spielen überhaupt keine Rolle. Sie können auch keine Opposition bilden, weil ein jeder seinen eigenen Weg geht und mit anderen nichts zu thun haben will. Bereits die Erfahrung dieses ersten Jahres hat uns den Beweis geliefert, dass die Wiedereinführung des Ausschlussparagraphen von Niemand mehr gewünscht wird.

Die ausserhalb Sachsens ebenfalls heiss umstrittene Frage, ob und in welcher Weise die beamteten- und Militärärzte der Vereinsgerichtsbarkeit zu unterstellen seien, ist hier in einer durchaus zufriedenstellenden Form erledigt. Nirgends haben sich Schwierigkeiten herausgestellt.

Die Militärärzte sind in den Vereinen überhaupt nicht hervorgetreten, und was die beamteten Aerzte betrifft, so ist man, wie vorauszusehen war, froh ihren Beistand weiter zu haben. Das zeigte sich nicht nur bei den Wahlen für die Aemter innerhalb der Bezirksvereine selbst, sondern sogar bei den Wahlen zum Ehrengerichtshof. Bei den vier Ehrengerichtshöfen sind nicht weniger als vier Bezirksärzte als Mitglieder oder Stellvertreter thätig. Und das trotzdem sie selbst nicht dem Ehrenrath unterstehen!

Was die Thätigkeit der Ehrengerichte betrifft, so haben sie sich in Kassenangelegenheiten bis jetzt noch zurückgehalten. Im übrigen kam nicht viel vor. Wie vorauszusehen, wirkten sie durch ihre blosse Existenz furchterregend. Einer Anzahl Collegen, die bisher im Dunkeln arbeitete, wurde es seit dem 1. October 1896 etwas ungemüthlich in dem sonst so gemüthlichen Sachsen. Sie schnürten ihr Bündel und wanderten in der Stille davon — meist nach dem Nachbarstaat Preussen! Wer es drauf ankommen liess und weiter annuncirte oder sich sonst nicht ordentlich benahm, wurde unbarmherzig vor das Ehrengericht citirt. Es mögen etwa 30 oder 40 solche Fälle vorgekommen sein. Genaueres ist nicht bekannt, weil die Entscheidungen nur ausnahmsweise publicirt werden. Jedenfalls hat nach dieser Richtung das Gesetz und die Standesordnung eine durchaus erfreuliche Wirkung gehabt. Sie werden in sächsischen Zeitungen kaum noch etwas von unerlaubter Reclame finden! Das ist doch etwas! Die Strafen beschränkten sich, soweit meine Kenntniss reicht, auf Verweise oder geringe Geldstrafen. Grössere Geldbussen kamen nicht vor.

Appellirt an die zweite Instanz hat bis jetzt noch kein einziger Arzt. Erwähnen will ich noch, dass unsere Standesordnung auch Vergehen ausserhalb des Berufes bestraft. Es scheint aber nichts dergleichen vorgekommen zu sein. Wenigstens enthalten die officiellen Berichte der Bezirksvereine nichts darüber. Wohl ein Beweis, dass der Einbeziehung dieser Delicte eine wesentlich praktische Bedeutung nicht zukommt. Von Interesse ist ein Urtheil des Ehrengerichtes Dresden-Land, das einzige, welches im Wortlaut veröffentlicht wurde. Ein Dr. med. Aschke, Assistent an der Bilz'schen Naturheilanstalt zu Radebeul bei Dresden, hatte in verschiedenen Naturheilvereinen Vorträge gehalten. Der Ehrenrath ertheilte ihm einen Verweis, nicht der Vorträge selbst wegen, sondern weil sie in Vereinen gehalten wurden, in denen erfahrungsgemäss das Ansehen der Aerzte und des ärztlichen Standes auf das schwerste beschimpft zu werden pflegt. Vor solchem Publikum zu reden, sei des Standes unwürdig. In der Anklage gegen denselben Arzt war auch noch § 3 der Standesordnung angezogen, welcher unter anderem die Empfehlung besonderer eigener Heilmethoden durch öffentliche Vorträge verbietet. Der Ehrenrath sprach den Arzt aber von diesem Vergehen frei, weil einerseits der Wortlaut des Vortrages nicht vorlag und, wenn es sich um Anpreisung der sogenannten Naturheilmethoden gehandelt hätte, diese nicht als eine „eigene“ Heilmethode im Sinne der Standesordnung anzusehen sei. Dr. Aschke steckte den Verweis ein und appellirte nicht; im übrigen eröffnete er eine gehässige Polemik gegen die Bezirksvereine in der Tagespresse und kündigte weitere Vorträge an. Man wird sich also wohl wieder mit ihm zu beschäftigen haben.

Damit wäre ich so halb und halb bei der Curpfuscherei angelangt. Gegen diese verschreibt unser Gesetz natürlich kein Mittel. Und doch trägt uns die Standesordnung auch hier indirekt eine Waffe zu. In § 7 wird verboten, mit Nichtärzten zusammen Kranke zu behandeln. Einige Bezirksvereine haben deswegen von verschiedenen Kassen die Entfernung von Curpfuschern verlangt und davon die Weiterarbeit der Aerzte abhängig gemacht. Soweit ich unterrichtet bin, sind diese Schritte meist von Erfolg gewesen.

Wo bleibt aber die freie Arztwahl, werden Sie fragen, dieses Schmerzenskind unserer Wünsche? Ja, da ist es fast überall beim Alten geblieben, d. h. die Kassen stellen nach wie vor diejenigen Aerzte an, welche sie wollen. Die Vereine haben sich auch, beschäftigt mit näher liegenden Dingen, von dieser Frage, zu der uns das Gesetz auch nicht die geringste Handhabe bietet, meist ferngehalten. Doch hat es trotzdem nicht an Versuchen gefehlt, allen Bezirksvereinsmitgliedern Zutritt zu den Kassen zu verschaffen, indem man als Gegengabe den Kassen Nachlass des Honorars anbot, und thatsächlich sind auf dieser Grundlage eine Anzahl Vereinbarungen zu Gunsten der freien Arztwahl getroffen worden. Sehr bemerkenswerth z. B. ist der Erfolg des grossen Chemnitzer Be-

zirksvereins, der einer centralisirten Ortskrankenkasse gegenübersteht. In einem detaillirten Vertrage sind unter anderem folgende Bestimmungen niedergelegt:

§ 5. „Unter denjenigen Mitgliedern des ärztlichen Bezirksvereins, welche sich zur Thätigkeit für die Kasse bereit erklären, steht den Kranken der Kasse die Wahl des Arztes frei, soweit nicht die Bestimmungen über die Poliklinik Einschränkungen bedingen.“

§ 8. „Die Kasse verpflichtet sich, nicht approbirte Aerzte, abgesehen von Zahntechnikern, zur regelmässigen Behandlung ihrer Kranken nicht zuzulassen.“

§ 12. „Die Kasse hat das Recht, einen Arzt, der diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, von der Thätigkeit an der Kasse auf Zeit oder dauernd auszuschliessen, sofern der Krankenkassenausschuss des Bezirksvereins gehört worden ist und zugestimmt hat.“

Nicht nur die freie Arztwahl ist hier garantirt, sondern, was mindestens ebenso viel werth ist, die Verhütung einer ungerechtfertigten Kündigung seitens der Kasse. In Leipzig, wo wir über fast die gleichen Forderungen mit der dortigen Ortskasse seit Monaten in heftigem Streit lagen, konnten wir die freie Arztwahl im Chemnitzer Sinne nicht durchbringen, wohl aber ein Schiedsgericht, welches bei der Kündigung von Aerzten seitens der Kasse von diesen angerufen werden kann. Es besteht zu gleichen Theilen aus Aerzten und Mitgliedern des Kassenvorstandes mit einem Unbetheiligten als Vorsitzenden. Ausserdem wurde in Leipzig eine allmähliche Steigerung des Aerztehonorars durchgesetzt. Leider haben wir dagegen auch einen schweren Verlust zu verzeichnen. Unser tapferer, um den ärztlichen Stand hochverdienter College Max Goetz (Leipzig-Plagwitz) hat dabei seine Kassenarztstelle eingebüsst. Seinen Collegen war es nicht möglich, ihn zu halten. Jetzt nach Genehmigung des Schiedsgerichtes dürfte das nicht so leicht wieder passiren.

Sie werden, verehrter Herr Redacteur, aus dieser Skizze wohl den Eindruck gewonnen haben, dass trotz manchen Misserfolges Grund zur Schwarzseherei durchaus nicht vorhanden ist. Die moralische Stellung der Aerzte durch den obligatorischen Zusammenschluss gegenüber den gewaltigen Kasseninstituten hat eine ganz bedeutende Stärkung erfahren. Wir empfinden es als eine sehr grosse Errungenschaft, dass die Kassenvorstände fast überall, zum Theil nach dem heftigsten Widerstande wie in Leipzig, sich zu Verhandlungen mit den Bezirksvereinen haben verstehen müssen.

Die Kassen wissen jetzt, dass sie es bei allen Streitfragen nicht mehr mit dem einzelnen Arzt, sondern mit der Gesamtheit der Aerzte und mit den Behörden zu thun haben, welche die Aerzte bei rechtmässigem Vorgehen ganz sicherlich unterstützen werden. Die Disciplinirung der Aerzte hat sich mit Ausnahme des Falles Aschke überall glatt vollzogen. Die erwähnten Verordnungen haben, wie es sich nachträglich zeigte, lediglich den Zweck gehabt, die Aerzte vor Missbrauch ihrer Rechte zu warnen, keineswegs aber, ihnen die durch Gesetz und Standesordnung garantirten Rechte zu nehmen. Das kommende Jahr wird sicherlich überall das rechte Maass erkennen lassen, welches die Aerzte bei Feststellung ihrer Forderungen einzuhalten haben. Die kassenärztlichen Honorare sind überall im Steigen begriffen. Die Curpfuscherei wird immer mehr zurückgedrängt. In den grösseren Städten, wo die Gegensätze am heftigsten aufeinanderplatzten, sind bezüglich der Honorirung namhafte Erfolge erzielt worden. Ich wüsste nicht, was wir für das erste Jahr mehr hätten erwarten sollen. Vivat sequens!

Dr. Justus Thiersch (Leipzig).